

Schäuble Reisen

Der One-Way Spezialist

Schäuble Reisen GmbH
Alt-Moabit 101 D
10559 Berlin

Telefon: +49-(0)30 18 681-0
Telefax: +49-(0)30 18 681-2926
E-Mail: poststelle@bmi.bund.de

Top
Angebot



Dem. Rep. Kongo

Dieses Angebot erhalten Sie nur bei uns: Plätze in der ersten Reihe eines Bürgerkrieges. Reisen Sie in dieses bezaubernde Land und werden Sie Zeuge eines einzigartigen Spektakels. Regelmäßig findet dort die attraktive Abendshow „Militanter Gewaltausbruch“ statt. Für beste Unterhaltung ist gesorgt. Nur noch wenige All-inclusive-Restplätze!

AI   

199*

*Menschen aus dem Kongo wurde in 2006 der Asylantrag abgelehnt

Irak

In der hinreißenden Unruheprovinz Anbar westlich der Hauptstadt Bagdad erwartet Sie ein Abenteuer der Extra-Klasse: Auf dem Programm stehen Kriegsgräuel, Überlebenskampf und „Friendly Fire“. Ein Ausflug auf den Markt vermittelt Ihnen hautnah die gewaltige Wucht eines Bombenanschlags. Angstschweiß, Verstümmelungen und menschliche Verluste selbstverständlich inklusive!

VP    

4268*

*Menschen aus dem Irak wurde der Flüchtlingsstatus in 2006 widerrufen



Afghanistan

Unser spezielles Mutter-und-Kind-Angebot: Überlebenaufenthalt in einer der ärmsten Regionen der Welt. Wählen Sie zwischen Zwangsheirat, Vergewaltigung und Kindesentführung. Burkas erhalten Sie gegen geringen Aufpreis vor Ort. Buchen Sie jetzt und erliegen auch Sie dem einzigartigen Charme von Mordversuchen, Korruption und Obdachlosigkeit.

HP    

600*

*Menschen aus Afghanistan wurde in 2006 der Flüchtlingsstatus widerrufen



Tschetschenien



Eine Luxusreise in die einmalig schönen Trümmerlandschaften des tschetschenischen Hinterlandes. Milizen und Agenten des russischen Geheimdienstes stehen jederzeit bereit, Sie mit einer Verhaftung zu überraschen. Ebenfalls im bunten Reiseprogramm enthalten: Demonstration traditioneller Folter- und Mordtechniken im Antiterrorkampf.

HP    

201*

*Menschen aus Tschetschenien wurde in 2006 der Asylantrag abgelehnt



 Gewaltfaktor  Folter  Krieg  Entführungen  Hungersnot  Kinderarbeit  Todesstrafe

www.schaeublereisen.de

Bitte umblättern!

Dorthin sollen Flüchtlinge

Demokratische Republik Kongo

Das zentralafrikanische Land verfügt über immense Bodenschätze, dennoch ist seine Bevölkerung bitterarm. Ausplünderung durch ausländische Mächte und westliche Konzerne sowie massive Korruption machten die Lebenschancen der meisten Kongole-sinnen und Kongolesen zunichte.

Die Kindersterblichkeit ist hoch, weniger als 20 Prozent der 60 Millionen Einwohner hat regelmäßig Zugang zu sauberem Wasser und Strom. Der Bürgerkrieg um die Reichtümer, in den nicht weniger als neun afrikanische Staaten involviert waren, kostete vier Millionen Menschenleben und machte über drei Millionen Menschen zu Vertriebenen. Hunderte Kinder wurden als Soldaten zwangsrekrutiert. 2003 wurde ein Friedensprozess eingeleitet, der nur sehr mühsam voranschreitet. 17.500 UNO-Soldaten befinden sich im Land. Auch Deutschland schickte 2006 Truppen in den Kongo, um demokratische Wahlen abzusichern. Ob die inzwischen gewählte Regierung den Frieden sicherstellen kann, bleibt indes zweifelhaft. Das Auswärtige Amt bewertet die Sicherheitslage auch heute im gesamten Land als fragil und warnt vor Reisen in den zentralafrikanischen Staat. In mehreren Provinzen im Osten und Norden geht der Bürgerkrieg latent weiter. Zuletzt kam es im Februar 2007 im Bas-Kongo zu Unruhen mit mehr als 130 Toten, im März wurden in der Hauptstadt Kinshasa Hunderte getötet oder verletzt. Die Gefahr neuer Gewaltausbrüche bleibt groß.

Der Bürgerkrieg in der DR Kongo hat über eine Million Menschen zu Flüchtlingen gemacht.

Die meisten sind in andere Regionen des Landes oder in Nachbarländer geflohen. Nur ein Bruchteil schafft es, nach Europa zu gelangen. In Deutschland haben sie nur wenig Aussicht, Schutz zu erhalten: 2006 wurde von knapp 400 Asylsuchenden lediglich 31 der Flüchtlingsstatus oder menschenrechtlich begründeter Abschiebungsschutz zugestanden. Abschiebungen in die Demokratische Republik Kongo werden routinemäßig vollzogen. 2006 erfolgte fast die Hälfte der Abschiebungen in den Kongo »begleitet«. Das heißt: Polizei und/oder ärztliches Personal sollen sicherstellen, dass die Abgeschobenen nicht aufgrund von gesundheitlichen Problemen während des Fluges Schaden nehmen, sich nicht körperlich zur Wehr setzen oder umzubringen versuchen.

Irak

Täglich verlieren im Irak über 100 Zivilisten ihr Leben durch Bombenanschläge und Erschießungen, jeder achte Iraker ist auf der Flucht.

Zehntausende Menschen fliehen in die Nachbarstaaten, nur ein Bruchteil davon schafft es nach Europa. Die US-geführte Invasion hat, so scheint es bislang, den Irak nicht befreit, sondern radikalisiert. Die Sicherheitslage verschlechtert sich von Tag zu Tag, die Menschenrechtslage ist prekär. Das UN-Flüchtlingskommissariat konstatiert inzwischen eine Hinwendung großer Teile der Bevölkerung zu streng-islamischen Werten, die Lage der Frauen habe sich dadurch kontinuierlich verschlechtert. Durch hohe Arbeitslosigkeit und mangelhafte Infrastruktur sind zwei Drittel der Irakerinnen und Iraker auf Lebensmittelrationen angewiesen. Eine Rückkehr von Flüchtlingen in den Irak ist lebensgefährlich. Christen, westlich geprägte Irakerinnen und andere Gruppen sind besonders bedroht.

Doch während das Auswärtige Amt die Bundesbürger dringend vor Reisen in den Irak warnt, genießen die in Deutschland lebenden Flüchtlinge keinen Schutz:

Gerade einmal 2.117 irakische Flüchtlinge haben 2006 Deutschland erreicht. Nur 189 Menschen erhielten im gleichen Jahr die Flüchtlingsanerkennung oder einen menschenrechtlich begründeten Abschiebungsschutz. Darüber hinaus werden diejenigen, die schon seit Jahren als anerkannte Flüchtlinge mit einem Aufenthaltsrecht in Deutschland leben, systematisch entrechtet: 2006 leitete das deutsche Asylbundesamt (BAMF) 4.400 Widerrufsverfahren ein mit dem Ziel, Irakern ihren Flüchtlingsstatus zu entziehen, insgesamt sind inzwischen über 18.000 Menschen aus dem Irak davon betroffen. Die Begründung dafür lautet, dass nach dem Sturz Saddam Husseins keine asylrelevante Verfolgung mehr zu befürchten sei. Am Ende der Kette steht eine unnachgiebige Abschiebungspolitik: Die Innenminister der Bundesländer experimentieren mit ersten Abschiebungen in den Nordirak und arbeiten an der Möglichkeit, Irakerinnen und Iraker in die kriegerische Katastrophe abzuschicken. Bei ihrer Konferenz im November 2006 bekräftigten sie ihr Ziel der »baldmöglichen Ausweitung der Rückführungen« in den Irak.

abgeschoben werden:



Afghanistan

Die US-geführte »Anti-Terror-Allianz« brachte Afghanistan bislang weder Frieden noch Demokratie: 2007 herrscht in vielen Regionen Afghanistans wieder offener Krieg.

Vor allem in den Machtbereichen lokaler Kommandeure geschehen zahllose Menschenrechtsverletzungen. Regierung, Justiz und Polizei der Zentralregierung können oder wollen den Menschen keinen wirksamen Schutz ihrer Rechte bieten. Drogenhandel und Kriminalität grassieren. Zum Zweck des Organhandels kommt es sogar zu Kindesentführungen und -tötungen. Eine Versorgung mit Lebensmitteln ist nicht gewährleistet, große Teile der Bevölkerung haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und medizinischer Hilfe. Gewalt gegen Frauen wird von weiten Teilen der Gesellschaft toleriert und angewandt, Mädchen werden oft schon im Kindesalter zwangsverheiratet. Aus Angst vor Übergriffen tragen nach wie vor viele Frauen eine Verschleierung (»Burka«).

In dieser Situation sehen sich Flüchtlinge, die aus dem Ausland zurückkehrten existenziellen Bedrohungen ausgesetzt.

Nichtsdestotrotz erhalten die in Deutschland lebenden Afghaninnen und Afghanen meist keinen Schutz vor der Abschiebung: In 244 Fällen – rund 20% der afghanischen Asylsuchenden – hat das deutsche Asylbundesamt (BAMF) 2006 die Flüchtlingsanerkennung vorgenommen oder ein menschenrechtliches Abschiebungsverbot verhängt. Gleichzeitig hat das BAMF allerdings in weitaus mehr Fällen – genau in 600 – afghanischen Flüchtlingen ihren im Asylverfahren verliehenen Schutzstatus wieder entzogen. Begründung: Die Verhältnisse im Land hätten sich geändert. Fast 8.000 afghanische Flüchtlinge, davon über ein Drittel Kinder und Jugendliche, leben heute in der Angst, zwangsweise nach Afghanistan zurückkehren zu müssen.

Tschetschenien

Seit Beginn des ersten Tschetschenienkrieges 1994 sind fast 50.000 Tschetschenen in russischen »Filtrationslagern« ermordet worden oder gelten als vermisst.

Insgesamt waren 125.000 Menschen des 1-Millionen-Volks der Tschetschenen inhaftiert. Heute scheint sich die Lage in Tschetschenien beruhigt zu haben. Doch während in der Hauptstadt Grosny wieder gebaut wird, fliehen vor allem aus den Bergregionen und den Nachbarrepubliken die Menschen vor Guerillakämpfen, Übergriffen der russischen Sicherheitskräfte, Folter, Mord, »Verschwindenlassen«.

Diejenigen, denen die Flucht gelingt, werden in Deutschland nicht mit offenen Armen empfangen. In vielen Fällen sorgt bereits das EU-Zuständigkeits-system »Dublin-II« dafür, dass Flüchtlinge keinen Schutz erhalten:

An den deutschen Landesgrenzen wurden 2006 fast 700 Flüchtlinge aus der russischen Föderation – ohne Asylprüfung – in andere EU-Staaten, vor allem osteuropäische Länder zurückgeschoben. Dort laufen sie Gefahr, einfach weitergeschoben zu werden und schließlich wieder im Verfolgerstaat zu landen. An den deutschen Flughäfen wurden schätzungsweise weitere 200 Menschen zurückgeschickt. Auch bei Durchführung eines Asylverfahrens haben russische und tschetschenische Flüchtlinge nur geringe Chancen: Von 1.040 Asylsuchenden aus der russischen Föderation, darunter zahlreiche tschetschenische Flüchtlinge, erhielten 2006 nur rund 13,6% einen Flüchtlingschutz oder menschenrechtlichen Abschiebungsschutz. In anderen europäischen Staaten, allen voran Österreich, werden Tschetschenen dagegen zu fast 100% als Flüchtlinge anerkannt und dürfen bleiben. Hierzulande scheitern tschetschenische Flüchtlinge im Asylverfahren häufig nicht deshalb, weil keine Verfolgung vorliegt, sondern aufgrund der asylrechtlichen »internen Fluchtalternative«. Das bedeutet: Ob verfolgt oder nicht, spielt keine Rolle, denn die Behörden behaupten realitätsfremd, die Flüchtlinge hätten sich gefahrlos in anderen Teilen Russlands niederlassen können. Ist das Asylverfahren negativ abgeschlossen, erwartet die Flüchtlinge ihre Abschiebung.

Flüchtlinge schützen – nicht abschieben!

Krieg und Bürgerkrieg, Verfolgung, Zerstörung der Existenzgrundlagen: Die Gründe, die Menschen zur Flucht treiben, wiegen schwer. Doch in Deutschland und Europa stoßen Flüchtlinge auf verschlossene Türen:

- Tausende sterben bei dem Versuch, die Grenzen Europas zu erreichen.
- Im Asylverfahren werden Fluchtgründe bagatellisiert und als irrelevant abgetan. Nur wenige erhalten den nötigen Flüchtlingsschutz.
- Wer sich in Sicherheit glaubt, macht die bittere Erfahrung: Selbst nach Jahren in Deutschland kann der einst gewährte Flüchtlingsstatus widerrufen werden. Allein in den letzten drei Jahren wurde über 40.000 Flüchtlingen aus dem Irak, Afghanistan, Serbien, der Türkei und anderen Ländern der Flüchtlingsstatus wieder entzogen.
- Die Innenminister lassen abschieben. Selbst in Länder wie Afghanistan oder Irak sollen Tausende zurück. Kranke

werden ins Flugzeug gesetzt – zum Teil mit Beruhigungsmitteln, Familien werden auseinandergerissen, Kinder von ihren Eltern getrennt, manchmal über Nacht, ohne jede Ankündigung.

Asyl ist ein Menschenrecht und wurde im Grundgesetz verankert. Menschlichkeit ist auch ein sittliches Gebot. Der gegenwärtige Umgang mit Flüchtlingen missachtet völker- und menschenrechtliche Verpflichtungen.

Wir fordern:

- **Flüchtlinge müssen in Deutschland Schutz finden!**
- **Humanitäre Aufenthaltsrechte gewähren!**
- **Schluss mit der rigorosen Abschiebep Praxis!**

Ich unterstütze diese Forderungen mit meiner Unterschrift.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Bitte senden Sie mir weitere Informationen.

Ich unterstütze diese Forderungen mit meiner Unterschrift.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Bitte senden Sie mir weitere Informationen.

Ich unterstütze diese Forderungen mit meiner Unterschrift.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Bitte senden Sie mir weitere Informationen.

Ich unterstütze diese Forderungen mit meiner Unterschrift.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Bitte senden Sie mir weitere Informationen.

Ich unterstütze diese Forderungen mit meiner Unterschrift.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Bitte senden Sie mir weitere Informationen.

Ich unterstütze diese Forderungen mit meiner Unterschrift.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Bitte senden Sie mir weitere Informationen.

Ich unterstütze diese Forderungen mit meiner Unterschrift.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Bitte senden Sie mir weitere Informationen.

Ich unterstütze diese Forderungen mit meiner Unterschrift.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Bitte senden Sie mir weitere Informationen.

Ich unterstütze diese Forderungen mit meiner Unterschrift.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Bitte senden Sie mir weitere Informationen.

Wir wollen die Unterschriften vor der nächsten Innenministerkonferenz im November 2007 dem Bundesminister des Innern übergeben.

Unterschriftenliste bitte umgehend zurücksenden an:



PRO ASYL,
Bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge e.V.
Postfach 16 06 24,
60069 Frankfurt am Main